

II-11224 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 5330 N

1993-09-16

A N F R A G E

des Abgeordneten Anschöber, Freunde und Freundinnen

an den Bundesminister für Finanzen

betreffend Verkehrssicherheit

Angesichts von 1.300 Todesfällen auf Österreichs Straßen pro Jahr wird die Verkehrssicherheitsfrage immer mehr eine der zentralen Debatten der österreichischen Verkehrs- und Sicherheitspolitik. Zuletzt wurde von allen anwesenden Experten die Einführung einer 0,5 Promille-Grenze ausdrücklich begrüßt. In all diesen Fragen ist jedoch eine intensivere Verkehrskontrolle die Voraussetzung für höhere Befolgungsgrade der gesetzlichen Regelungen.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten deshalb an den Bundesminister für Finanzen folgende schriftliche

ANFRAGE:

1. Derzeit fließen rund 90 % der Verkehrsstrafen in das Bautenbudget. Für das Jahr 1993 sind aus diesem Budgetsockel 770 Millionen Schilling vorgesehen. Durch eine stärkere Zweckbindung dieser Einnahmen für eine verbesserte Verkehrskontrolle, könnte ein entscheidender Schritt in die Richtung weniger Verkehrsunfälle getan werden.
Unterstützt der Finanzminister den Verkehrsminister bei diesen entsprechenden Bemühungen und wenn ja, welchen Grad der Zweckbindung fordert der Finanzminister?